

Koalition streitet über Nutzung der Kernenergie

Union fordert „Überdenken“ bisheriger Regelungen / Rußland und Ukraine wollen verhandeln

Lt. BERLIN, 3. Januar. Der Gaspreis-Streit zwischen Rußland und der Ukraine und der durch ihn bewirkte vorübergehende Druckabfall in den Gasleitungen nach Deutschland haben innerhalb der Regierungskoalition eine Debatte über die Zukunft der Kernenergie entfacht. Während Wirtschaftsminister Glos und der bayerische Ministerpräsident Stoiber verlangten, die Regelungen zum Auslaufen der Stromerzeugung aus Kernenergie müßten „realistischerweise“ überdacht werden, und vorschlugen, das Thema müsse auf der Klausurtagung des Kabinetts Anfang nächster Woche erörtert werden, blieben Politiker der SPD bei ihrer ablehnenden Haltung.

Rußland und die Ukraine wollen derweil wieder miteinander verhandeln. Die Gaslieferungen aus Rußland erreichten nach dem Druckabfall des Vortages wieder das übliche Niveau. Große deutsche Energieversorger erhielten wieder die vertraglich vereinbarten Gasmengen.

Stoiber forderte auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kreuth, man müsse mit der SPD darüber sprechen, ob es wirklich angebracht sei, die sichersten Atomkraftwerke zum Teil schon in der laufenden Legislaturperiode abzuschalten. Glos sagte, es müsse die Frage gestellt werden, ob die Abschaltung von Kernkraftwerken „nach dem technisch Möglichen“ erfolgt oder „nach den willkürlich festgelegten Betriebsstunden“. Auch Forschungsministerin Schavan (CDU) und die für Forschung zuständige stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Reiche stellten die bestehende Regelung zum „Atomausstieg“ in Frage, die nach den Festlegungen im Koalitionsvertrag mangels Konsens nicht verändert werden soll. Frau Schavan sagte, wichtig sei, wie Deutschland dauerhafte Unabhängigkeit in seiner Energieversorgung sichere und vernünftige Strompreise sicherstellen könne; Frau Reiche wandte

sich gegen einen „dauerhaften Ausstieg“. Energiepolitiker der SPD argumentierten hingegen, ausbleibende Gaslieferungen könnten durch Atomkraft nicht ersetzt werden.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kelber sagte, der durch Kernkraft erzeugte Strom werde nicht zum Heizen eingesetzt; überdies mache die Atomkraft Deutschland nicht unabhängiger, weil auch Uran als Rohstoff für die Kernreaktoren aus dem Ausland importiert werden müsse. Der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium Müller (SPD) sagte, der Verzicht auf Kernenergie sei keine ideologische Willkür, sondern ein notwendiger Schritt in eine sichere und nachhaltige Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Der Vorsitzende der Grünen Bütikofer sagte, der Staatskonzern Gasprom werde skrupellos eingesetzt, um die Unabhängigkeit der Ukraine anzugreifen.